

<b>Zeitschrift:</b>	Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
<b>Band:</b>	32 (1975)
<b>Heft:</b>	4
<b>Vorwort:</b>	Zur Sache

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# **zur sache**

Walter Brülisauer

## **Ist der Stimmbürger tatsächlich überfordert?**

Nun sind sie wieder da, die sogenannten politischen Beobachter, heben mit sorgenvoller Miene den Zeigefinger und erklären, der Stimmbürger sei in unserer direkten Demokratie überfordert; er könne die Tragweite einer jeden Vorlage nicht mehr überblicken, und demzufolge würden vom Volk «Fehlentscheide» getroffen.

Nun ist es eine Binsenwahrheit, dass die direkte Demokratie die anspruchsvollste und schwierigste aller Staatsformen ist. In Zeiten, da nicht gerade alles, aber doch vieles sozusagen wie geschmiert über die politische Bühne ging, hat man diese Tatsache mehr oder weniger ignoriert, und man sprach deshalb oft und gerne von der «Vernunft der Stimmbürger», die da obsiegt habe, wenn ein Volksentscheid positiv ausgefallen war. Jetzt soll von dieser Vernunft des Souveräns nichts mehr übrig sein? Wenn der Stimmbürger angeblich überfordert sein soll, so doch nur deshalb, weil es nicht mehr gelingt, ihm die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen zugänglich zu machen. In jedem Unternehmen, in welchem solche wichtige Unterlagen fehlen, werden Fehlentscheide gefällt. Genau gleich verhält es sich in der

Demokratie! Seit Jahren wird in unserem Land eine Verstärkung der politischen Transparenz verlangt. In einzelnen Fällen ist in dieser Hinsicht auch Erfreuliches geleistet worden. Aber im grossen und ganzen fehlt doch noch immer hierzulande die Durchsichtigkeit des politischen Handelns, die es einer Mehrheit ermöglichen würde, sich allgemein verständlich zu informieren. Es nützt praktisch nichts mehr, wenn man erst drei, vier Wochen vor einem Urnengang mit der gezielten Information einsetzt. In der Demokratie muss man überzeugen, nicht überreden! Und das ist bekanntlich ein Prozess, der Einsatz und Ausdauer zugleich erfordert.

Ist es nicht so, dass viel eher ein Teil der Politiker, Fachleute und vereinzelt auch die Massenmedien überfordert sind im Anspruch an die politische Transparenz dem Stimmbürger gegenüber? Gerade die Abstimmung über den Konjunkturartikel hat gezeigt, auf welch dilettantische Weise Aufklärungsarbeit geleistet werden kann, von läblichen Ausnahmen abgesehen. Die gute Werbung ist imstande, komplizierte Zusammenhänge allgemein verständlich darzulegen. Sollte dies nicht auch im politischen «Geschäft» möglich sein?